



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2026/0528

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

19.08.2026

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bürger- und Umweltausschuss	17.09.2026	Beratung	öffentlich
Bauausschuss	21.09.2026	Beratung	öffentlich
Sozialausschuss	24.09.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	28.09.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	29.09.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	01.10.2026	Beratung	öffentlich
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	06.10.2026	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	12.10.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Maßnahmen zur aktiven Vermeidung sozialer Segregation und für sozial gemischte Stadtquartiere in Leverkusen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2026

Anlage/n:

0528 - Antrag

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 17.08.2026

Antrag:**Maßnahmen zur aktiven Vermeidung sozialer Segregation und für sozial gemischte Stadtquartiere in Leverkusen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Nachhaltigkeitsbericht 2025 der Stadt Leverkusen stellt im Themenfeld 13.2 „Vermeidung von Segregation“ ausdrücklich fest, dass im Rahmen der bisherigen Bestandsaufnahme **keine gezielten kommunalen Maßnahmen zur aktiven Steuerung und Vermeidung sozialer Segregation entwickelt oder umgesetzt wurden**.

(Vgl. S. 68 und S. 72 „Im Rahmen der Bestandsaufnahme zur Erstellung dieses Nachhaltigkeitsberichts konnten keine spezifischen Aktivitäten der Stadt Leverkusen erfasst werden, welche explizit auf die Vermeidung von Segregation abzielen“)

Vor dem Hintergrund der Ziele der Agenda 2030 sowie des Anspruchs gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Stadtgebiet ergibt sich daraus ein klarer politischer Handlungsauftrag. Soziale Segregation ist keine statistische Randerscheinung, sondern eine zentrale stadtentwicklungspolitische Herausforderung, der aktiv und strategisch begegnet werden muss.

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Nachhaltigkeitsberichts 2025/Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) ein strategisches Handlungskonzept zur Vermeidung und Reduzierung sozialer Segregation im Stadtgebiet Leverkusen zu entwickeln.

Dieses Konzept soll insbesondere Aussagen enthalten zu:

- der aktuellen räumlichen Verteilung sozial geförderten Wohnraums,
- der Entwicklung sozial gemischter Quartiere,
- der gezielten Vermeidung sozial unausgewogenen Quartierstrukturen in einzelnen Stadtteilen.

2. Die Verwaltung legt dem Rat einen Maßnahmenplan zur sozialen Durchmischung von Wohnquartieren vor.
Dieser soll insbesondere enthalten:
 - Kriterien für eine ausgewogene Verteilung von gefördertem Wohnraum,
 - Maßnahmen zur Förderung sozial gemischter Neubau- und Bestandsquartiere,
 - konkrete Instrumente der Stadtplanung und Wohnraumpolitik zur aktiven Steuerung der Quartiersentwicklung.
3. Die Verwaltung berichtet dem Rat innerhalb von 12 Monaten über den aktuellen Stand der Arbeit der Quartiersmanagements bzw. Quartiersplaner, insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkung auf soziale Durchmischung, Integration und Stadtteilentwicklung.
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, aktiv und strukturiert den Austausch mit Städten und Kommunen zu suchen, die im Bereich der Vermeidung sozialer Segregation nachweislich wirksame Strategien verfolgen. Ziel ist die gezielte Übertragung und Anpassung erprobter Instrumente auf die Stadt Leverkusen.

Begründung:

Der Nachhaltigkeitsbericht 2025 der Stadt Leverkusen stellt im Themenfeld „Vermeidung sozialer Segregation“ ausdrücklich fest, dass im Rahmen der bisherigen Bestandsaufnahme **keine gezielten kommunalen Maßnahmen zur aktiven Steuerung und Vermeidung sozialer Segregation entwickelt oder umgesetzt wurden**, obwohl soziale Durchmischung und gleichwertige Lebensverhältnisse zentrale Ziele nachhaltiger Stadtentwicklung sind.

Damit wird ein zentraler Bereich der sozialen Stadtentwicklung bislang nicht aktiv gestaltet, obwohl soziale Segregation in vielen Städten als eine der wesentlichen Zukunftsherausforderungen gilt. Sie beschreibt die zunehmende räumliche Trennung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen nach Einkommen, sozialer Lage, Herkunft oder Lebenssituation und führt langfristig zu ungleichen Lebensbedingungen, unterschiedlichen Bildungschancen sowie einer ungleich verteilten sozialen Infrastruktur.

Ohne eine aktive kommunale Steuerung besteht das Risiko, dass sich soziale Ungleichheiten räumlich verfestigen und einzelne Stadtteile strukturell überdurchschnittlich belastet werden, während andere Quartiere zunehmend homogen werden. Eine solche Entwicklung steht dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse, auch im Stadtgebiet Leverkusen, entgegen.

Andere europäische und deutsche Städte zeigen, dass soziale Segregation durch eine aktive Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik wirksam begrenzt werden kann. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Wien, wo sozialer Wohnungsbau gezielt als Instrument zur sozialen Durchmischung eingesetzt wird und eine breite Zugänglichkeit des

geförderten Wohnraums eine soziale Konzentration einzelner Bevölkerungsgruppen verhindert.

Auch in Nordrhein-Westfalen verfolgen mehrere Städte gezielte Ansätze. In Münster wird soziale Durchmischung bereits frühzeitig in integrierten Quartiersentwicklungsprozessen berücksichtigt, um einseitige Quartiersstrukturen präventiv zu vermeiden. Darüber hinaus nutzen bspw. Duisburg im Rahmen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ gezielt Quartiersmanagements, um sozial benachteiligte Stadtteile zu stabilisieren und einer weiteren Segregation entgegenzuwirken.

Auch die internationale Stadtforschung kommt zu dem Ergebnis, dass reine Marktmechanismen in der Wohnraumentwicklung in der Regel zu einer Verstärkung räumlicher Ungleichheiten führen. Wirksam entgegengewirkt werden kann dies insbesondere durch integrierte Quartiersentwicklung, eine strategische Steuerung des geförderten Wohnungsbaus sowie durch kommunale Konzepte zur sozialen Mischung in Neubau- und Bestandsquartieren, auch über reine Quoten für den Anteil an klassischen Sozialwohnungen hinaus.

Vor diesem Hintergrund besteht für die Stadt Leverkusen ein klarer Handlungsauftrag, soziale Segregation nicht nur zu dokumentieren, sondern aktiv gegenzusteuern. Dies erfordert eine verbindliche strategische Ausrichtung der Stadtentwicklung sowie konkrete Maßnahmen zur sozial ausgewogenen Entwicklung der Quartiere.

Der vorliegende Antrag zielt daher darauf ab, diese bestehende Lücke zu schließen und eine systematische, langfristig wirksame kommunale Strategie zur Vermeidung sozialer Segregation zu etablieren.

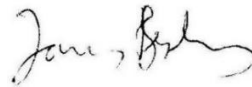
Mit freundlichen Grüßen



Darius Ganjani
Sachkundiger Bürger



Lena-Marie Angermann
Sozialpolitische Sprecherin



Jonas Berghaus
Stv. Fraktionsvorsitzender



Dirk Löb
Fraktionsvorsitzender